Kongress zur künftigen Gestaltung der Altersvorsorge in der Schweiz
Congrès sur la conception future de la prévoyance vieillesse en Suisse

AHV im Wandel – Zukunft gestalten, Generationen verbinden

*L'AVS en transition – façonner
l'avenir, rapprocher les générations*

Mittwoch, 14. Mai 2025, 10 – 16 Uhr, Hotel Bern, Bern
Mercredi 14 mai 2025, 10h – 16h, Hôtel Bern, Berne

Das Drei-Säulen-System: Facts, Figures & Fakes

Die Position des SVS für eine zukunftssträchtige 1. Säule
Le système des trois piliers: faits, chiffres et contrevérités.
La position de l'ASA pour un 1er pilier porteur d'avenir

Prof. em. Dr. oec. publ. Peter Haudenschild, Delegierter des Schweizerischen Verbands
für Seniorenfragen SVS im SSR / *Délégué de l'Association suisse des aînés ASA au CSA*

Sehr verehrte Damen und Herren

Fakten sind nicht alles - aber ohne Fakten ist alles nichts.

Sie nützen uns dann, wenn wir sie in Zusammenhang mit unseren Werten bringen. Über diese müssten wir uns einigen.

Es stellt sich die Frage: Was ist gerecht?

Ist es gerecht, wenn der eine als Benachteiligter geboren, und die andere als Nobelpreisträgerin gefeiert wird? Ist es gerecht, wenn die Pensionärin Ergänzungsleistungen beantragen muss und der andere zu Lebzeiten als CEO Millionen verdient?

Wäre es gerecht, wenn alle gleichviel verdienen würden, falls alle nach besten Kräften voll arbeiten würden? Wir bräuchten keine AHV/IV mehr. 6'000 Franken monatlich müssten es sein, wie mir ein Kollege im Schweizerischen Seniorenrat einmal erläuterte. Das sind 80'000 Franken jährlich. Das ist grob der Durchschnittslohn in der Schweiz für Vollbeschäftigte. Würden alle auch nach besten Kräften voll arbeiten, arbeiten wollen? Die Lebenserfahrung sagt uns: Nein. Dieses Modell funktioniert nicht auf unserem Planeten.

Es gibt keine abschliessende Antwort darauf, was gerecht ist, jedenfalls nicht auf unserem Planeten.

AHV, BVG und Ersatzquote

Eine Säule, die AHV, allein betrachten? Geht das? Nein. AHV und BVG sind eng verwoben. Mein Schwergewicht liegt entsprechend dem Kongress-Thema auf der AHV, aber ganz um die 2. Säule herum kommen wir nicht.

Die sogenannte Ersatzquote, das Einkommen aus Renten der 1. und 2. Säule zusammen, also aus AHV und Beruflicher Vorsorge, soll 60 % des Einkommens vor dem Referenzalter betragen. Das haben die Abstimmenden 1972 mit einem 75 % Ja-Stimmenanteil sinngemäss als sinnvoll beschlossen. Nach der Pensionierung muss man also einen Einschnitt von 40 % des Bruttolohnes erwarten. Dieses obligatorische Leistungsziel soll für Jahreslöhne zwischen rund 30'000 und 90'000 Franken gelten. Ich gehe hier vom ursprünglichen, hochgerechneten und systemgerechten Koordinationsabzug aus, der bis zur BVG-Revision 2005 in Kraft war.

Im Tieflohnbereich unter 30'000 Franken mit vielen Teilzeitbeschäftigten wird mit der AHV-Rente das Leistungsziel von 60 % erreicht oder gar übertroffen. Ist das gerecht?

Warum nicht auch über einem Jahreslohn von 90'000 Franken? Die AHV und die obligatorische Berufliche Vorsorge sind Sozialversicherungen. Es geht um die «Existenzsicherung» und um «die Fortsetzung der gewohnten Lebenshaltung in angemessener Weise».

Wer knapp zur Hälfte jener Erwerbstätigen gehört, die mehr als die 90'000 Franken verdient, wird aber nicht einmal das Leistungsziel von 60 % erreichen. Das sind nicht einfach «die Reichen». Wenn diese einmal das Leistungsziel von 60 % erreichen wollen, müssen sie über die 3. Säule für ihr Alter zusätzlich privat sparen. Es sei denn, dass der Arbeitgeber mehr versichere wie das BVG-Obligatorium. Zudem sind ihre AHV-Abgaben auf dem Lohnanteil über 90'000 Franken keine AHV-Beiträge, sondern einfach AHV-Steuern. Ist das gerecht?

Stellen Sie sich die 25 % einkommensärmsten Rentner vor, also das unterste Einkommensviertel. Ich frage Sie: „Erhalten diese nach der Pensionierung weniger, etwa gleichviel oder mehr Einkommen?“

Die richtige Antwort erstaunt meistens. Sie lautet «mehr», und zwar ziemlich viel mehr: 30 % mehr für die Einzelhaushalte, und 40 % für die Paarhaushalte¹. Das sind Ersatzquoten von 130 % und 140 %, und nicht bloss 60 %. Die Hälfte dieser Personen, das unterste Einkommensachtel, erzielt solche Werte auch dank den Ergänzungsleistungen (EL).

Senken wir den Koordinationsabzug weiter, werden diese Ersatzquoten noch höher. Die Leute im untersten Einkommensviertel haben also nach der Pensionierung deutlich mehr Einkommen wie vorher. Darunter sind oft Teilzeitarbeitende. Dieser Trend ist steigend. Ist das gerecht? Im Sozialversicherungsbereich? Sinnvoll?

Das Drei-Säulen-System wird damit unterlaufen. Der unterste Einkommensviertel benötigt erstaunlicherweise offensichtlich keinen allgemeinen Ausbau der Altersleistungen, weder

¹ NZZ online 05.11.2022 14:34: [Wer arm ist, bekommt nach der Pensionierung mehr Geld](#). Abgerufen 08.05.2025 12:24. [Wer geht wann in Rente?](#), Ausgestaltung und Determinanten des Rentenübergangs, Hauptbericht, Forschungsbericht Nr. 5/22.1, EDI/BSV, Institut für Wirtschaftsstudien Basel (IWSB) Fachbereich: Arbeit, 13. Oktober 2022.

durch eine 13.-AHV-Rente noch durch eine andere Zahlung. Im Gegenteil.

Die Frauenfrage - ein Fragezeichen?

Klammern wir einmal Schwangerschaft, Geburt, Stillzeit und Kindererziehung weitgehend aus und schauen uns darum die AHV-Renten von ledigen Männern und ledigen Frauen an.

Ledige Bezüger/innen einer neuen Altersrente, monatlicher Betrag in Franken pro Person, Mittelwerte²

Jahr	2023	2022	2021	2020	2019	2018
Männer	1891	1833	1854	1822	1823	1824
Frauen	1905	1870	1874	1856	1862	1851
Total	1898	1851	1864	1839	1842	1837

Siehe da: Ledige Frauen haben gar eine höhere AHV-Rente wie ledige Männer!

Und die Ehefrauen?

Rund 90 %³ der verheirateten Frauen bekommen wie ihre Ehemänner monatlich auf den Franken genau 1'890 Franken, je die Hälfte der plafonierten Rente für Ehepaare. Sie können diesen Betrag sogar auf ihr eigenes Konto auszahlen lassen, ohne dass der Ehemann Zugriff hat. Die Ehepaarrente wurde mit der Revision 1997 vor über einer Generation abgeschafft. Hier wirken Splitting und Erziehungs- und Betreuungsgutschriften wie gewünscht. Ein weiterer Grund liegt in der Plafonierung auf 150 % der Summe der Einzelrenten der beiden Ehegatten.

Die Frauenfrage stellt sich somit in der AHV weder für ledige noch für verheiratete Frauen. Man möge diese Zahl zur Kenntnis nehmen und die richtige Schlussfolgerung daraus ziehen.

Wenn, dann ist die Frauenfrage eine Teilzeitarbeitsfrage für Eltern mit Kindern unter 16 Jahren, unabhängig vom Geschlecht des Teilzeitarbeitenden; mit anderen Worten in der Regel eine Frage für „aktive“ Mütter.

Die Teilzeitarbeitsfrage

In der 1. Säule kann diese Frage leistungsseitig als gelöst betrachtet werden wegen der erwähnten Ehevorteilen, dem AHV-Mindestrentensystem, Ersatzquoten von weit über 100 %, der vorteilhaften AHV-Rentenformel für tiefere Einkommen und den Ergänzungsleistungen. Finanzierungsseitig haben wir wegen geringer Beiträge eine Pendenz. Die [Motion 23.3898 von Benjamin Roduit](#), Die Mitte, hat sie aufgenommen. Der Nationalrat hat sie am 06.05.2025 angenommen und an seine SGK-Kommission zugewiesen.

² Bundesamt für Statistik, T 13.07.02.02, 2025.

³ Übrigens auch rund 90 % der Schweizer Rentner in der Schweiz haben eine Vollrente.

Und die Männerfrage?

Die Lebenserwartung der Männer beträgt bei Geburt 82 Jahre und jene der Frauen 86⁴. Die Männer sterben im Durchschnitt also 4 Jahre früher. Müssen darum nicht die Männer 4 Jahre früher in Pension gehen können wie die Frauen, damit beide Geschlechter gleich lang Rente beziehen dürfen?

Bei einer Betrachtung im Referenzalter 65 statt bei Geburt ergäbe sich immer noch eine Differenz von 3 Jahren⁵.

Ist das gerecht? Eine Diskriminierung der Männer? Oder sind sie selber schuld?

Heiraten Sie! Verheiratete leben länger!⁶

Verheiratete leben im Vergleich zu Ledigen im Durchschnitt bis zu 6 Jahre länger. Der Schutzeffekt der Ehe sei unter anderem auf Selektionsmechanismen zum Zeitpunkt der Heirat sowie auf ein unterschiedliches Risikoverhalten zurückzuführen.

Ist das gerecht? Sind das Systemprofiteure? Sollten Verheiratete gar mit einem höheren Beitragssatz belastet werden?

Sehen Sie, diese Diskussion können wir lange weiterführen. Akademisch interessant, aber praktisch unlösbar. Ich komme bei der Plafonierung darauf zurück und werde Colette Nova später dazu zitieren.

Zur 13.-AHV-Rente

Der SVS hat diese Initiative abgelehnt und sich im Abstimmungskampf entsprechend engagiert. Mehr dazu finden Sie auf unserer Homepage.

Die Mehrheit an der Abstimmurne, klare 58 %, sah das anders. Das ist ein unmissverständlicher Entscheid und Fingerzeig, den es demokratisch ohne Wenn und Aber zu respektieren gilt, auch wenn er uns nicht passt und wenn nun um die Finanzierung gerungen werden muss.

Nun wird gefordert, dass die angeblichen Besteller, die Rentner, ihre eigene 13.-AHV-Rente

⁴ BFS 2023

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/querschnittsthemen/wohlfahrtsmessung/indikatoren/lebenserwartung.html> 2025-04-15 13:29

⁵ <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bevoelkerung/geburten-todesfaelle/lebenserwartung.html> 2025-04-15 13:40

⁶ Wanner, Philippe, 18. Februar 2025, <https://sozialesicherheit.ch/de/verheiratete-leben-laenger/> 2025-04-15 17:05

mitfinanzieren müssten. Das mutet demokratisch und finanztechnisch sonderbar an. Die Rentenbeziehenden sollen gleich wieder einen Teil ihrer 13.-AHV-Rente abgeben, um diese zu finanzieren. Es gibt kein *Perpetuum mobile*. Glauben Sie mir. Mit anderen Worten, der Entscheid soll geritzt werden. Gemäss bundesrätlicher Botschaft an die eidgenössischen Räte soll sie voll über die leicht degressive Mehrwertsteuer erfolgen. Diese sollte um 0.7 Prozentpunkte erhöht werden.

In der Vernehmlassungsvorlage gab es noch Varianten mit Erhöhungen der Lohnbeiträge um 0.8 bis 1 Prozentpunkte.

Ich rechne lieber mit der Währung «Referenzaltersjahre», auch wenn es nicht sehr populär scheint. Die Erwerbstätigen, oder die potentiell 66-jährigen Rentner, müssten rund ein Jahr länger arbeiten. Das ist ein Referenzaltersjahr. Dann wäre die 13. finanziert, für lange. Es braucht weder mehr Mehrwertsteuerprozentpunkte noch mehr Lohnbeiträge oder Bundesbeiträge.

Diese «Finanzierungsart» ist besonders effektiv und effizient. Nur diese Finanzierungsart hat den günstigsten Doppelwums, wie die Deutschen sagen würden. Man zahlt länger ein und bezieht kürzer. Zwei Fliegen auf einen Schlag! Das schaffen weder Mehrwertsteuer noch Lohnprozentpunkte, und schon gar nicht Erbschafts-, Finanztransaktionssteuer, Nationalbankverluste oder ähnliche Phantasien.

Etwa ein Viertel der Schweizer Bevölkerung arbeitet ohnehin über das Referenzalter hinaus. Sogar fast die Hälfte der 50- bis 63-/64-Jährigen wäre grundsätzlich bereit dazu.⁷ Ich komme darauf zurück.

Ich wurde erst mit 73 Jahren pensioniert als aktiver Sporttainer infolge der Zahl 73. Zwangsweise. Nicht wegen Gebrechen oder Unfähigkeit. Länger arbeiten? Es geht. Nicht immer.

Die Plafonierung der Summe der beiden AHV-Altersrenten von Ehepaaren auf 150 % ist abzuschaffen. Ehepaare und Konkubinatspaare sind einander gleichzustellen.

So lautet die Volksinitiative der Mitte «Ja zu fairen AHV-Renten auch für Ehepaare». Sie gibt Anlass, um über Bevorzugung oder Benachteiligung von Ehepaaren oder Einzelpersonen und Ehepaar-Bonus oder Ehepaar-Malus zu streiten, und das endlos.

Die lebenslangen Witwenrenten von Witwen ohne Kinder beispielsweise sind nicht mehr zeitgemäss. Der SVS unterstützt darum die Reformvorschläge des Bundesrates zur Anpassung der Hinterlassenenrenten.

Der SVS verlangt aber gleichzeitig die Abschaffung der Plafonierung. Sie könnte meines Erachtens auch stufenweise erfolgen, vorerst auf 175 %, oder an Bedingungen geknüpft werden.

⁷ Swiss Life, [Lang lebe die Arbeit?, Zahlen, Fakten und Wünsche rund um die Erwerbstätigkeit im Rentenalter](#), 2024, Abgerufen 2025-04-15 14:29

Die Gesellschaft hat doch grundsätzlich Interesse an Familien mit Nachkommen. Dazu hat sie in der AHV bereits mit dem Splitting der Einkommen während der Ehe sowie den Erziehungs- und Betreuungsgutschriften gesorgt. Aber den Karriereknick infolge Kindersegen lässt sich nicht wegdiskutieren. Darum wäre die Aufhebung der Plafonierung angesagt.

Der Bundesrat und die Gegner der Abschaffung der Plafonierung fokussieren sich darauf, die sogenannte «Heiratsstrafe», die Plafonierung, von rechnerisch total jährlich rund 3,3 Milliarden Franken aufzurechnen auf einen «Heiratsbonus», zum Beispiel die Hinterlassenenrente, von total 4,5 Milliarden, wovon 1 Milliarde diskussionswürdig ist. Das tönt doch sehr nach «Buchhalter». Um «Gerechtigkeit» walten zu lassen, müsste die Plafonierung nach deren Logik gar um die Differenz von 1,2 Milliarden gesenkt werden. Wann ist mit dieser Forderung zu rechnen?

Unsere Enkel haben längst entschieden! Sie brauchen keinen Urnengang zur Abschaffung der Plafonierung. Sie heiraten einfach trotz Kindern nicht mehr wegen der Heiratsstrafe und in der Folge der AHV-Plafonierung. Dieser ökonomische Trend ist längst im Tun.

Man sollte nicht Ehepaare mit Kindern gegen Ledige ohne Kinder ausspielen, ebenso wenig günstige Zweier-Wohngemeinschaften von Ehepaaren oder Konkubinatspaaren gegenüber relativ teureren Ein-Personen-Haushalten. Der Stimmbürger würde es wohl nicht goutieren.

Dabei geht völlig vergessen, dass es in der AHV um Solidarität geht, dort wo sie notwendig ist.

Generationenvertrag versus Generationengerechtigkeit?

Der **Generationenvertrag** gehört zur AHV. Immer mussten schon die «Jungen» für die «Alten» sorgen. In der 1. Säule wird dies mit dem Ausgabenumlageverfahren realisiert. Wenn etwas nicht überladen werden darf, dann ist es die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft insgesamt eines Landes. Generationengerechtigkeit wird im Fall der 1. Säule zum politischen Schlagwort.

Generationengerechtigkeit gehört zur Beruflichen Vorsorge. Jede Generation soll mit dem Deckungskapitalverfahren seine eigene Altersrente ersparen, also keine Umlage von Erwerbstätigen zu Rentnern. Es gibt aber technische Einschränkungen:

1. Leistungen im Bereich der Sicherheit wie Insolvenzen, Teuerungsausgleich etc. können technisch bedingt auch hier nur in einem Umlageverfahren finanziert werden. Ein Teuerungsausgleich auf laufenden Altersrenten könnte zum Beispiel über ein Rentenwertumlageverfahren finanziert werden.
2. Kriege (1. Weltkrieg), Währungsreformen (21. Juni 1948 in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands), Hyperinflation (Venezuela 2023 geschätzt (!) 337,5 Prozent), Zusammenbrüche von Börsen (Black Friday 25. Oktober 1929) können eine Altersvorsorge basierend auf dem Kapitaldeckungsverfahren teilweise oder ganz zerstören.

3. Volkswirtschaftlich, realwirtschaftlich, physisch persönlich sparen kann man zu Erwerbszeiten für das Alter eigentlich nur das Eigenheim. Für alles andere wie Nahrungsmittel oder Mittelmeer-Kreuzfahrten braucht es jüngere Leute, die für die älteren produzieren.

Diese Aufteilung auf verschiedene Finanzierungsverfahren ist sehr klug. Es geht um wirtschaftliche Risikoverteilung und erfolgreiche Politik.

Das Lebensarbeitszeit-Konzept

Wäre es nicht fair, wenn physisch hart arbeitende Strassenbauarbeiter etwas früher in Rente gehen dürften wie Hochschulprofessoren?

In Deutschland traten 2022 aufgrund einer alten gesetzlichen Regelung noch 45 Bergleute nach mindestens 25 Jahren unter Tage in den Ruhestand – im Schnitt mit einer relativ hohen Rente von 2'469 Euro. Das konnte dann schon mal in jüngeren Jahren sein. Schweizer Berufsmilitär und Grenzwächter konnten – beachten Sie die Vergangenheitsform - mit 60 Jahren in Rente gehen, Piloten und Fluglotsen mit 55 Jahren, allerdings nicht im Rahmen der AHV.

Wer heute 44 AHV-Beitragsjahr einbringt, bekommt – zweite Bedingung - mit 65 eine Vollrente.

Wollte man die AHV sanieren, müssen man 3 Jahre länger arbeiten. Die 13.-AHV-Rente kostet grob ein Jahr, ebenso die geforderte Aufhebung der Plafonierung, macht zusammen 49 Beitragsjahre. Ich rechne gerne in Referenzjahren und weniger in Mehrwertsteuer- oder Lohnprozenten oder gar in einer Bundesbeitragsquote.

Wer als 16-Jähriger voll als Erwerbstätiger einsteigt, müsste bis 65 arbeiten ($16 + 49 = 65$). Dieselbe Rechnung auf einen Akademiker angewendet, der im Alter von 25 Jahren voll einsteigt, müsste bis 74 arbeiten ($25 + 49 = 74$). Diese beiden unterschiedlichen Berufe, genauer diese beiden Schulabschlüsse, führen bei dieser absoluten, zahlenmässigen Betrachtung zu einer Differenz von 9 Referenzaltersjahren.

Philippe Wanner von der Université de Genève, der unterschiedliche Lebenserwartungen nach Schulabschlüssen untersucht hat, kommt bei einer relativen Betrachtungsweise in *Mortalité différentielle en Suisse 2011-2022* gar zum Schluss: «Ein Mann mit Hochschulabschluss müsste 14 Jahre länger arbeiten, als ein Mann mit Sek-I-Abschluss, wenn das Verhältnis von Erwerbs- zu Rentenjahren bei beiden gleich sein soll. Bei den Frauen würde das Referenzalter um 9 Jahre variieren.»

Wer andererseits 44 Jahre lang den AHV-Mindestbeitrag von *jährlich* 530 Fr. einzahlt, also total rund 23'000 Fr. in seinem Leben, wird während seiner Rentenzeit von rund 20 Jahren rund 300'000 Fr. Renten beziehen. Dies entspricht übrigens einer Ersatzquote allein aus der AHV von rund 250 %.

Zum Thema Lebensarbeitszeit, das auch der SVS grundsätzlich befürwortet, darf ich zudem Colette Nova, BSV-Vizedirektorin und Leiterin des Geschäftsfeld AHV, Berufliche Vorsorge und EL, zitieren: «Wie sollen beispielsweise Teilzeitbeschäftigungen während der Ausbil-

dung, Berufspausen oder Arbeitslosigkeit berücksichtigt werden? Ist es gerecht, das Referenzalter von Individuen von der nach statistischen Kriterien ermittelten durchschnittlichen Lebenserwartung abstrakter Gruppen abhängig zu machen, obwohl es innerhalb dieser Kategorien ebenfalls grosse individuelle Unterschiede in der Lebenserwartung gibt?»

Nationalrätin Céline Amaudruz hat am 14. März 2023 eine diesbezügliche parlamentarische Initiative eingereicht (Konzept: Beitragsjahre statt Referenzalter). Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates hat sie vorgeprüft und am 21. Juni 2024 abgelehnt. Die Analysen gemäss Postulat [22.4430](#) von Ruth Humbel (Lebensarbeitszeit in der AHV) sollten abgewartet werden, bevor ein entsprechender Gesetzgebungsprozess eingeleitet wird. Ein Teil der Mehrheit bezweifelt zudem, dass ein solches System zu mehr Gerechtigkeit beim Rententalter führen würde.

Fänden wir eine Mehrheit für solch' einschneidende Lösungen? So schön das Lebensarbeitszeit-Konzept tönt, das auch der SVS als Möglichkeit erwähnt, es ist kaum umsetzbar. Es ist soeben abgebaut worden.

Das aktuelle Referenzalter 65 wäre das ursprüngliche 49 (1948)

Einen Monat nach meiner Geburt wurde die AHV 1948 unter FDP-Bundesrat Walther Stampfli eingeführt. SP-Bundesrat Hans Peter Tschudi, auch – fälschlicherweise? - „Vater der AHV“ genannt, baute sie dann um das Fünffache aus. «Die Reichen brauchen keine AHV, aber die AHV braucht die Reichen», soll er erklärt haben.

Seither leben wir 16 Jahre länger! Nur das Referenzalter von 65 ist noch dasselbe. Eine sehr einseitige Situation, vor allem wenn deswegen die AHV schon nächstes Jahr und längerfristig in Schieflage käme. Wer für dieses seit 77 Jahre fixierte Referenzalter von 65 votiert, verlangt die automatisierte schleichende relative Referenzalterssenkung und das ohne Finanzierungslösung! Das wäre, wie wenn 1948 das Referenzalter 49 Jahre betragen hätte! Warum können wir um Gottes Willen nicht einige wenige zusätzliche Erwerbsjahre an diese 16 Jahre geben? Die erwähnten 5 Jahre zum Beispiel. Wir hätten immer noch einen Bonus von 11 Jahren! Unser Leben ist gekennzeichnet durch immer längere Ausbildungszeit und längere Rentenzeit einerseits bei abnehmender Erwerbszeit andererseits.

Man stelle sich das mal vor.

Angesichts des heutigen Reformstaus muss man das 1972 bzw. 1985 mit 75 % zustande gekommene Drei-Säulen-System geradezu als politisches Wunderwerk bezeichnen, hinter dem Bürgerliche, SP und Gewerkschaften praktisch geschlossen standen. Und heute? Und wenn ich Reformstau sage, dann meine ich im Wesentlichen das dauernd sinkende relative Referenzalter bei permanent zunehmender Rentendauer. Es scheint Richtung Paradis zu gehen. Aber bei uns auf der Erde gilt immer noch: Den Fünfer und das Weggli und dazu die Bäckerstochter gibt es leider nicht.

Die Erhöhung des Referenzalters der Frauen um 3 Jahre von 62 auf 65 war wirtschaftlich und sozial problemlos. Nun sollten wir uns wie das europäische Ausland auf eine Referenzalterserhöhung um 3 bis 5 Jahre fokussieren – wenn uns die Altersvorsorge lieb ist.

Unterscheiden Sie bitte das individuelle Problem des mit 58 Jahre Entlassenen von der kollektiven Erhöhung des Referenzalters. Letztere ist offensichtlich machbar. Zum ersteren: Die Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu werden ist in höheren Erwerbسالtern geringer wie in jüngeren Jahren, aber wenn Ältere arbeitslos werden, dann dauert es länger bis sie wieder ein Erwerbseinkommen haben. Hinzu kommt leider das Mismatching der Fähigkeiten mit den Anforderungen, z. B. mangelnde Weiterbildung ab Alter 50, fehlende Informatikkenntnisse, beschränkte Flexibilität. Hier bedarf es anderer Massnahmen als die permanente relative Senkung des Referenzalters, wir könnten es sonst gleich auf 16 Jahre, dem Ende der obligatorischen Schulzeit, senken, um jegliche Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Die Altersrente ist Lohnersatz

Sollte man die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bei Unfall voll durch direkte progressive Bundessteuern finanzieren statt wie heute durch Lohnprozente?

Wenn ich diese Frage stelle, schauen mich die Leute meist entgeistert an.

Nun, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bei Unfall ist für alle verständlich ein Lohnersatz. Da liegt es auf der Hand, dass man in normal gesunden Tagen etwas vom Lohn abgibt, Lohnprozente, um dann im Krankheitsfall oder bei Unfall daraus einen Lohnersatz zu beziehen. Soweit so gut. Das ist akzeptiert und ist eine Errungenschaft.

Die Altersrente nun ist aber auch nichts anderes als ein Lohnersatz im Alter und da nehmen zudem auch die Krankheiten bekanntlich zu. Diese Tatsache, dass Altersrenten funktional einen Lohnersatz darstellen, nimmt man leider im Allgemeinen nicht wahr. Aber es ist so. Völlig unabhängig gedacht von jeglicher politischen Richtung.

Deshalb ist nur die lohnprozentuale Finanzierung der AHV eine systemgerechte Finanzierung. Jede Finanzierung über Steuern, ob leicht degressive Mehrwertsteuer, direkte stark progressive Bundessteuer, Strafsteuern wie Alkohol- oder Spielsteuern, enorm schwankende Finanztransaktionssteuern, Nationalbank-Gewinne und -Verluste etc., ist wesensfremd. Sie sind aus der Systemlogik heraus abzulehnen.

Das ist heute leider politisch nicht in Reinkultur durchführbar. Wer will der Wahrheit schon ins Auge sehen? Lieber schliesst man seine eigenen. Auch der SVS macht einen ordnungspolitischen Kniefall. Er sagt in seinen Positionen dazu: «Die Finanzierung hat über Lohnprozente der Arbeitgebenden / Arbeitnehmenden *und über Bundesbeiträge* zu erfolgen.»

Meine drei Botschaften

- 1. Die Altersvorsorge muss saniert werden.** Sie ist zu wichtig, zu persönlich, für jeden und jede, um dieses Problem schleifen zu lassen. Bereits nächstes Jahr, im 2026, droht ein AHV-Umlagedefizit. Arbeiten wir alle auf einen mehrheitsfähigen, sozial und wirtschaftlich tragbaren Kompromiss hin wie 1972. Dazu reichen meine Fakten nicht. Wir müssen einen tragfähigen Kompromiss in den eidgenössischen Räten finden und bei einem Referendum die Herzen der Abstimmenden gewinnen. «Was den Kampagnen fehlt, ist der richtige Ton», stand kürzlich dazu in der Neuen Zürcher Zeitung an die Adresse der Wirtschaftsverbände.

2. **Die unzeitgemässen Leistungen sind anzupassen, namentlich sind die lebenslangen Renten von verwitweten Personen ohne Kinder unter 16 Jahren und die Plafonierung der Renten von Ehepaaren abzuschaffen.** Der SVS verfolgt dies sowie die Besitzstandswahrung der Leistungen. Ein allgemeiner Ausbau ist unnötig. Ich erinnere an die Ersatzquoten von 130 % und 140 %. Allenfalls sind individuell basierte Massnahmen auf Stufe Ergänzungsleistungen oder Sozialhilfe zu prüfen. Kein Rentner, keine Rentnerin muss in der Schweiz hungern oder draussen schlafen.
3. **Die finanzielle Sicherung ist systemgerecht durch die Erhöhung des Referenzalters zu sichern. Das ist der Königsweg. Dieser Prozess hat sozial und wirtschaftlich verträglich zu erfolgen.** Dies verfolgt der SVS ebenso. Davon werden wir auch die neue BSV-Direktorin überzeugen müssen, die heute noch meint: «Die Mehrheitsfähigkeit eines Erhöhungsschrittes ist an einem sehr, sehr kleinen Ort.» Auch das Frauenstimmrecht benötigte mehrere Anläufe, ja mehrere Jahrzehnte der Überzeugung und gar Gerichtsurteile. Aber wir müssen standhaft, selbstbewusst und dranbleiben, um BSV-Direktorin Frau Bianchi, Bundesrätin Baume-Schneider⁸ und die Mehrheiten in den eidgenössischen Räten und der Bevölkerung zu überzeugen.

Mehr zum Thema finden Sie in meinem schriftlichen Referatstext, den sie von unserer Homepage herunterladen oder bei mir anfordern können. Den genauen Wortlaut der sechs Forderungen des SVS können Sie ebenfalls zusammen mit den zugehörigen, detaillierten Erläuterungen von unserer Homepage herunterladen. Zur Beantwortung von Fragen stehe ich Ihnen zu Verfügung. Meine Quellen sind im Wesentlichen die Bundesämter.

Waren Sie zufrieden? Dann sagen Sie es weiter! Andernfalls sagen Sie es mir.

Ich zähle auf Ihre Offenheit für die möglicherweise etwas unkonventionellen Überlegungen. Bis später beim Apéro.

--- * * * ---

⁸ NZZ online 27.02.2025 05:30: [«Persönlich finde ich Rentenalter 65 sinnvoll.»](#) Abgerufen 08.05.2025 13:19. SRF Rundschau vom 11.12.2024: [«Das ist wieder ein Diskussion, ich kann es so sagen, ohne Tabu. Aber man muss alles auf den Tisch bringen, der Alter, aber auch andere Möglichkeiten \(...\).»](#) Abgerufen 08.05.2025 19:57.